

29.07.20

U

Verordnung der Bundesregierung

Verordnung zum Erlass einer Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung

A. Problem und Ziel

Nach § 20 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) haben Bund und Länder zentrale Internetportale einzurichten, in denen bestimmte Daten (Entscheidungen, Unterlagen und Bekanntmachungen) zu veröffentlichen sind. Damit wird für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich über das Vorhaben und seine Umweltauswirkungen zu informieren, erheblich erleichtert. § 20 Absatz 2, § 27 und § 59 UVPG bestimmen, welche Daten auf den zentralen Internetportalen zu veröffentlichen sind. Die Vorschriften enthalten jedoch keine Regelungen über die Art und Weise der Zugänglichmachung sowie über die mögliche Dauer einer Speicherung.

Um eine einheitliche Handhabung in den zentralen Internetportalen des Bundes und der Länder zu erreichen, enthält § 20 Absatz 4 UVPG eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung. Diese Verordnungsermächtigung soll genutzt werden, um Mindeststandards für die Art und Weise der Zugänglichmachung der Daten sowie für die Dauer der Speicherung der Daten festzulegen.

Darüber hinaus werden im immissionsschutzrechtlichen und atomrechtlichen Verfahren ebenfalls die zentralen Internetportale nach § 20 UVPG in Anspruch genommen. Um auch in diesen Bereichen zu einer einheitlichen Handhabung zu gelangen, sollen in der Verordnung über das Genehmigungsverfahren sowie der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung die erforderlichen Regelungen aufgenommen werden.

B. Lösung

Der Verordnungsentwurf enthält die erforderlichen Konkretisierungen hinsichtlich der Art und Weise der Zugänglichmachung der Daten sowie der Dauer der Speicherung.

C. Alternativen

Keine. Die Einrichtung und der Betrieb von zentralen Internetportalen sind unionsrechtlich vorgegeben. Die in der Verordnung vorgenommene Konkretisierung der Ausgestaltung der zentralen Internetportale entspricht den Mindestanforderungen an eine unionsrechtskonforme Zugänglichmachung UVP-relevanter Informationen im Sinne von § 20 Absatz 1 und 2, auch in Verbindung mit § 27 und § 59 Absatz 4 und 5 UVPG.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Nennenswerte Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte sind durch diese Verordnung nicht zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Neue Informationspflichten werden nicht eingeführt.

Der Verordnungsentwurf begründet damit keinen Anwendungsfall der „One in, one out“-Regel für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Die durch Einrichtung und Betrieb der zentralen Internetportale entstehenden Kosten wurden bereits im Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltprüfungen (BR-Drs. 164/17) ex ante geschätzt und dargestellt. Zu dem Entwurf der UVP-Portale-Verordnung haben aber einzelne Länder mitgeteilt, dass die ursprüngliche Schätzung nach den Erfahrungen mit der Einrichtung und dem Betrieb des zentralen Internetportals korrigiert werden sollte. Auf Grund dieser Rückmeldungen wird ein weiterer jährlicher Aufwand von rund 244.000 Euro angenommen. Der Umstellungsaufwand erhöht sich geringfügig. Die Anforderungen

des Verordnungsentwurfs sind aber so gestaltet, dass sie durch die bereits eingerichteten und betriebenen zentralen Internetportale weitestgehend schon jetzt erfüllt werden. Im Übrigen gibt die Ausgestaltung des vorliegenden Verordnungsentwurfs keinen Anlass, die Schätzung im Gesetzentwurf zu revidieren.

Für den Bund entsteht ein einmaliger Umstellungsaufwand in Höhe von etwa 30.000 Euro.

F. Weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

29.07.20

U

**Verordnung
der Bundesregierung**

Verordnung zum Erlass einer Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, 29. Juli 2020

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung zum Erlass einer Verordnung über zentrale Internetportale
des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung,
zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur
Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Stellvertreter der Bundeskanzlerin

Olaf Scholz

Verordnung zum Erlass einer Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung¹⁾

Vom ...

Auf Grund des § 20 Absatz 4, auch in Verbindung mit § 27 Satz 2 und § 59 Absatz 4 und 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, von denen § 20 Absatz 4 und § 27 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 3 und § 59 Absatz 4 und 5 durch Artikel 1 Nummer 28 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) eingefügt worden ist, und des § 10 Absatz 10 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274) verordnet die Bundesregierung und

Auf Grund des § 7 Absatz 4 Satz 3 und Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit § 54 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 Satz 1 des Atomgesetzes, von denen § 7 Absatz 4 Satz 3 zuletzt durch Artikel 9 Nummer 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950) und § 54 Absatz 1 Satz 3 durch Artikel 151 Nummer 6 Buchstabe a der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Artikel 1

Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung

(UVP-Portale-Verordnung – UVPPortV)

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt

1. für das zentrale Internetportal des Bundes, das nach § 20 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einzurichten ist, und
2. für die zentralen Internetportale der Länder, die nach § 20 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einzurichten sind.

(2) Verpflichtungen nach den Bestimmungen des Bundes und der Länder über den Zugang zu Umweltinformationen bleiben unberührt.

¹⁾ Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/52/EU (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1) geändert worden ist.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Daten im Sinne dieser Verordnung sind

1. der Inhalt der Bekanntmachung
 - a) zu Beginn des Beteiligungsverfahrens nach § 19 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung,
 - b) der Entscheidung zur Zulassung oder Ablehnung des Vorhabens nach § 27 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung,
 - c) bei ausländischen Vorhaben nach § 59 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und
 - d) der Entscheidung der ausländischen Behörde nach § 59 Absatz 5 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, soweit Rechtsvorschriften des Bundes oder der Länder für die Form der Bekanntmachung nicht etwas Abweichendes regeln,
2. der UVP-Bericht nach § 16 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung,
3. die das Vorhaben betreffenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen nach § 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung,
4. die übermittelten Unterlagen nach § 59 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 1 und 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie
5. der Bescheid
 - a) zur Zulassung oder Ablehnung des Vorhabens nach § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und
 - b) der ausländischen Behörde, der nach § 59 Absatz 5 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung auszulegen ist, soweit Rechtsvorschriften des Bundes oder der Länder für die Form der Zugänglichmachung des Bescheids nicht etwas Abweichendes regeln.

(2) Portalbetreibende Behörde im Sinne dieser Verordnung ist

1. für den Bund nach § 20 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung das Umweltbundesamt und
2. für die Länder die Behörde, die dafür zuständig ist, das zentrale Internetportal des Landes aufzubauen und zu betreiben.

§ 3

Funktionen der zentralen Internetportale

(1) Zur Ermöglichung eines einfachen Zugangs zu den Daten werden die zentralen Internetportale von der portalbetreibenden Behörde so aufgebaut und betrieben, dass sie die folgenden Funktionen umfassen:

1. einen kosten- und anmeldefreien Zugang,
2. eine interaktive Kartenansicht, auf der die Vorhaben markiert sind,
3. eine Listenansicht aller Vorhaben, in der zu jedem Vorhaben angezeigt werden
 - a) die jeweilige Bezeichnung des Vorhabens und
 - b) die allgemein verständliche Bezeichnung der Kategorie des Vorhabens,
4. eine Vorhaben-Detailseite, auf der gesammelt zu einem Vorhaben angezeigt werden
 - a) die in Nummer 3 genannten Bezeichnungen,
 - b) eine kurze Beschreibung des Vorhabens und
 - c) die im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde sowie ihre Kontaktdaten,
5. eine Suchfunktion in der Listenansicht aller Vorhaben, mit der Vorhaben nach der Vorhabenbezeichnung gesucht werden können, und
6. eine Filterfunktion in der Listenansicht aller Vorhaben, mit der Vorhaben nach der Vorhabenkategorie gefiltert werden können.

(2) Die portalbetreibende Behörde kann weitere Funktionen im zentralen Internetportal zur Verfügung stellen, insbesondere um dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen und den Zugang zu den Daten weiter zu erleichtern.

§ 4

Art und Weise der Zugänglichmachung der Daten

(1) Die im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde stellt sicher, dass die Daten über das zentrale Internetportal in einer solchen Art und Weise zugänglich gemacht werden und zugänglich bleiben, dass sie von den Nutzern des zentralen Internetportals gespeichert und ausgedruckt werden können. § 23 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bleibt unberührt.

(2) Die portalbetreibende Behörde stellt durch einen entsprechenden Aufbau und Betrieb des zentralen Internetportals nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 sicher, dass die im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde ihre Verpflichtung nach Absatz 1 erfüllen kann.

§ 5

Dauer der Zugänglichkeit der Daten

(1) Die Daten gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und c sowie Nummer 2 bis 4 sind von der im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständigen Behörde bis zum Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 73 Absatz 3 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf dem zentralen Internetportal zugänglich zu halten.

(2) Die Daten gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und d sowie Nummer 5 sind von der im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständigen Behörde bis zum Ablauf der jeweiligen Rechtsbehelfsfrist gemäß § 70 oder § 74 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung auf dem zentralen Internetportal zugänglich zu halten.

(3) Wird der Antrag auf Zulassungsentscheidung vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist vom Vorhabenträger zurückgenommen, so sind die Unterlagen nur bis zum Ablauf des Tages der Rücknahme des Antrags zugänglich zu halten.

§ 6

Speicherung der Daten

Die portalbetreibende Behörde kann die Daten so lange speichern,

1. wie sie für die Öffentlichkeit über das zentrale Internetportal zugänglich sind und
2. wie es zum Zweck der Berichterstattung an die Europäische Kommission nach § 73 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist; sie darf die Daten jedoch längstens speichern jeweils bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem die Angaben im Sinne des § 73 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung dem für Umweltschutz zuständigen Bundesministerium mitgeteilt worden sind.

Artikel 2

Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren

In § 8 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. Dezember 2017 (BGBl. I S. 3882) geändert worden ist, wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; dabei gelten die Vorgaben der UVP-Portale-Verordnung vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle dieser Verordnung] entsprechend.“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung

Dem § 6 Absatz 5 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 180), die zuletzt durch Artikel 14 der Verordnung vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2034) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Für die Zugänglichmachung über das einschlägige zentrale Internetportal gelten die Vorgaben der UVP-Portale-Verordnung vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle dieser Verordnung] entsprechend.“

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 § 3 tritt am ... [einsetzen: Datum des ersten Tages des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Nach § 20 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) haben Bund und Länder zentrale Internetportale einzurichten, in denen bestimmte Daten (Entscheidungen, Unterlagen und Bekanntmachungen) zu veröffentlichen sind. Damit wird für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich über das Vorhaben und seine Umweltauswirkungen zu informieren, erheblich erleichtert. § 20 Absatz 2, § 27 und § 59 UVPG bestimmen, welche Daten auf den zentralen Internetportalen zu veröffentlichen sind. Die Vorschriften enthalten jedoch keine Regelungen über die Art und Weise der Zugänglichmachung sowie über die mögliche Dauer der Zugänglichkeit oder einer Speicherung.

Um eine einheitliche Handhabung in den zentralen Internetportalen des Bundes und der Länder zu erreichen, enthält § 20 Absatz 4 UVPG eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung. Diese Verordnungsermächtigung soll genutzt werden, um Mindeststandards für die Art und Weise der Zugänglichmachung der Daten sowie für die Dauer der Zugänglichkeit und Speicherung der Daten festzulegen.

Darüber hinaus werden im immissionsschutzrechtlichen und atomrechtlichen Verfahren ebenfalls die zentralen Internetportale nach § 20 UVPG in entsprechender Anwendung in Anspruch genommen. Um auch in diesen Bereichen zu einer einheitlichen Handhabung zu gelangen, sollen in der Verordnung über das Genehmigungsverfahren sowie der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung die erforderlichen Regelungen aufgenommen werden.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die Verordnung nach Artikel 1 gilt für alle nach § 20 Absatz 1 Satz 1 UVPG zu errichtenden zentralen Internetportale. Geregelt wird aufgrund der Ermächtigungsgrundlage in § 20 Absatz 4 Nummer 1 UVPG zunächst die Art und Weise, in der die bereitgestellten Daten nach § 20 Absatz 1 und 2, auch in Verbindung mit § 27 und § 59 UVPG zugänglich zu machen sind. Um entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 2014/52/EU einen einfachen und wirksamen Zugang zu den einschlägigen Daten zu gewährleisten, darf die Zugänglichmachung im Internet nicht hinter den Möglichkeiten zurückbleiben, die der Öffentlichkeit bei der herkömmlichen Auslegung in Papierform vor Ort eröffnet sind. Daher ist vorgesehen, dass die Daten von den Nutzern des Portals ohne die Notwendigkeit einer vorherigen Anmeldung eingesehen, gespeichert und ausgedruckt werden können. Daneben sind bestimmte technische Mindeststandards an den Aufbau bzw. die Funktionsweise der zentralen Internetportale festzulegen. Die Dauer der Zugänglichkeit wird analog zu der Dauer der Auslegung der betroffenen Unterlagen beziehungsweise der Rechtsbehelfsfrist geregelt. Anschließend ist die Zugänglichmachung über das zentrale Internetportal grundsätzlich zu beenden. Das gilt auch, wenn der Vorhabenträger seinen Antrag auf Zulassungsentscheidung zurückzieht. Mit der in der Verordnung festgelegten Dauer der Zugänglichkeit wird es der Öffentlichkeit ermöglicht, ihre von der UVP-Richtlinie vorgegebenen Rechte effektiv wahrzunehmen.

Nach § 20 Absatz 3 UVPG kann der Inhalt der zentralen Internetportale auch für die Zwecke der Berichterstattung an die Europäische Kommission nach § 73 UVPG genutzt werden. Die Verordnung enthält die insoweit erforderlichen Bestimmungen zur Dauer der Speicherung von Daten durch die portalbetreibende Behörde (§ 20 Absatz 4 Nummer 2 UVPG).

Die Verordnung nach Artikel 1 legt nur Mindeststandards fest, die zwingend erforderlich sind, um den Vorgaben der UVP-Richtlinie gerecht zu werden. Sie schließt nicht aus, dass die zentralen Internetportale künftig (etwa im Zuge einer verstärkten Digitalisierung von Verwaltungsverfahren) weitere Funktionen übernehmen (z.B. Möglichkeit der Abgabe von Stellungnahmen auf elektronischem Wege). Darüber hinaus schließt die Verordnung nicht aus, dass neben den nach § 20 Absatz 2 UVPG zugänglich zu machenden Daten (etwa aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung) weitere Daten in das zentrale Internetportal eingestellt werden, soweit deren Veröffentlichung im Internet rechtlich zulässig ist. In Betracht kommt dies bspw. für die Bekanntgabe der Feststellung der UVP-Pflicht nach § 5 Absatz 2 UVPG (so bereits die Begründung der Bundesregierung in BR-Drs. 164/17, S. 86).

Unberührt von der Verordnung nach Artikel 1 bleiben weitere gesetzliche Regelungen, die Anforderungen an die Errichtung oder den Betrieb eines Internetportals stellen. Dies betrifft etwa Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes sowie der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung. Unberührt von der Verordnung bleiben ebenfalls Regelungen, die den Umgang mit den bereitgestellten Daten regeln (z.B. Vorgaben des Urhebergesetzes oder des Datenschutzrechts). Für das zentrale Internetportal des Bundes sind darüber hinaus auch die Anforderungen des Geodatenzugangsgesetzes zu beachten. Ebenfalls unberührt bleiben gesetzliche Regelungen, die Anforderungen an den Zugang zu Umweltinformationen stellen wie z.B. das Umweltinformationsgesetz sowie die entsprechenden Regelungen der Länder.

Artikel 2 und 3 der Verordnung enthalten die erforderlichen Regelungen, um die entsprechende Anwendbarkeit der Verordnung nach Artikel 1 auch in immissionsschutz- und atomrechtlichen Verfahren zu gewährleisten, soweit diese mit UVP durchzuführen sind.

III. Alternativen

Keine. Die Einrichtung und der Betrieb von zentralen Internetportalen sind unionsrechtlich vorgegeben. Die in der Verordnung vorgenommene Konkretisierung der Ausgestaltung der zentralen Internetportale entspricht den Mindestanforderungen an eine unionsrechtskonforme Zugänglichmachung UVP-relevanter Informationen im Sinne von § 20 Absatz 1 und 2, auch in Verbindung mit § 27 und § 59 Absatz 4 UVPG.

IV. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die Verordnung dient im Hinblick auf eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit am Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung der Umsetzung von Artikel 6 Absatz 5 in der Fassung der durch die UVP-Änderungsrichtlinie (Richtlinie 2014/52/EU) geänderten UVP-Richtlinie (Richtlinie 2011/92/EU). Sie steht im Einklang mit den Vorgaben der genannten Richtlinie und mit den Vorschriften des Gemeinschaftsrechts im Übrigen.

V. Verordnungsfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Verordnung dient der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Durch einheitliche Mindeststandards der zentralen Internetportale des Bundes und der Länder wird die Transparenz des Zulassungsverfahrens erhöht und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diesen Verfahren erleichtert.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf steht in Einklang mit der von der Bundesregierung beschlossenen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und fördert die Verwirklichung der darin enthaltenen Ziele. Mit dem vorliegenden Entwurf wird die Beteiligung der Öffentlichkeit erheblich erleichtert. Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein Garant für eine erfolgreiche Umweltverträglichkeitsprüfung. Insgesamt unterstützt daher die Verordnung – durch die erleichterte Öffentlichkeitsbeteiligung – die Zielerreichung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Daher gelten die Ausführungen, die im Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht wurden, entsprechend (vgl. BR-Drs. 164/17, S. 70f.).

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Nennenswerte Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte sind durch diese Verordnung nicht zu erwarten.

4. Erfüllungsaufwand

Für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Neue Informationspflichten für die Wirtschaft werden nicht eingeführt.

Der Verordnungsentwurf begründet damit keinen Anwendungsfall der „One in, one out“-Regel für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung.

Die durch Einrichtung und Betrieb der zentralen Internetportale für die Länder entstehenden Kosten wurden bereits im Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltprüfungen (BR-Drs. 164/17) ex ante geschätzt und dargestellt. Zu dem Entwurf der UVP-Portale-Verordnung haben aber einzelne Länder mitgeteilt, dass die ursprüngliche Schätzung nach den Erfahrungen mit der Einrichtung und dem Betrieb des zentralen Internetportals korrigiert werden sollte. Aufgrund dieser Rückmeldungen wird ein weiterer jährlicher Aufwand von rund 244.000 Euro angenommen. Der Umstellungsaufwand erhöht sich geringfügig. Die Anforderungen des Verordnungsentwurfs sind aber so gestaltet, dass sie durch die bereits eingerichteten und betriebenen zentralen Internetportale weitestgehend schon jetzt erfüllt werden.

Auch auf Bundesebene wird von einem Teil der zuständigen Behörden nach § 20 Absatz 2 Satz 2 UVPG mitgeteilt, dass der tatsächliche Aufwand in Bezug auf das UVP-Portal höher ausfällt, als er im Rahmen des UVP-Modernisierungsgesetzes dargestellt wurde. Wie hoch der Aufwand tatsächlich ist und ob er durch die im UVP-Modernisierungsgesetz angenommenen Erleichterungen ausgeglichen wird, wird die in Kürze beginnende Nachmessung des Erfüllungsaufwands des UVP-Modernisierungsgesetzes durch das Statistische Bundesamt zeigen.

Eine Anpassung aufgrund der Regelungen in der vorliegenden Verordnung ist noch für das zentrale Internetportal des Bundes erforderlich (Ergänzung einer interaktiven Kartenansicht und Möglichkeit zur Suche nach der Vorhabenbezeichnung). Das UBA als portalbetreibende Behörde rechnet für diese Anpassung mit einmaligen Kosten in Höhe von etwa 30.000 Euro. Die laufenden Personal- und Sachkosten für den Betrieb des Portals werden durch die Einführung der zusätzlichen Funktionen nicht relevant erhöht.

5. Weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Verordnungsfolgen

Die Verordnung hat keine Auswirkungen für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Der Verordnungsentwurf hat auch keine gleichstellungsspezifischen Auswirkungen.

Von dem Vorhaben sind ferner keine demographischen Auswirkungen - unter anderem auf die Geburtenentwicklung, Altersstruktur, Zuwanderung, regionale Verteilung der Bevölkerung oder das Generationenverhältnis - zu erwarten.

VI. Befristung

Die Verordnung setzt europäische Vorgaben um, die keine Befristung vorsehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung)

Zu § 1 (Anwendungsbereich)

§ 1 regelt den Anwendungsbereich der Verordnung.

Nach Absatz 1 gelten die Regelungen der Verordnung für alle nach § 20 Absatz 1 Satz 1 UVPG einzurichtenden zentralen Internetportale. Sie gilt nicht für nach anderen Rechtsvorschriften einzurichtende Internetportale soweit ihre entsprechende Anwendung nicht ausdrücklich angeordnet wird (vgl. Artikel 2 und 3 dieser Verordnung). Für den Bund gilt die Verordnung für das vom Umweltbundesamt aufgebaute und betriebene Internetportal www.uvp-portal.de. Daneben gilt es für die von den Ländern aufgebauten und betriebenen UVP-Portale, z.B. das Portal www.uvp-verbund.de. Die Verordnung schließt nicht aus, dass zentrale Internetportale der Länder, die auf der Grundlage von § 20 UVPG eingerichtet wurden, auch dazu genutzt werden, andere Informationen, z. B. nach dem Baugesetzbuch, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für diese Informationen gelten die inhaltlichen Regelungen der Verordnung nicht. Sie gelten ferner nicht für andere zentrale Internetportale der Länder, die dazu dienen, der Öffentlichkeit Informationen nach dem Baugesetzbuch zugänglich zu machen.

Absatz 2 enthält die Klarstellung, dass behördliche Verpflichtungen nach umweltinformationsrechtlichen Bestimmungen unberührt bleiben. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur aktiven Verbreitung bestimmter Umweltinformationen nach § 10 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 und 6 UIG und die entsprechenden Regelungen des Landesrechts. Danach sind informationspflichtige Stellen des Bundes bzw. der Länder dazu verpflichtet, Zulassungsentscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, sowie die zusammenfassende Darstellung und Bewertung von Umweltauswirkungen nach §§ 24 und 25 UVPG zu verbreiten. Die Verpflichtung besteht in zeitlicher Hinsicht, solange die Information aktuell ist. Das UVPG und die UVP-Portale-Verordnung stehen für die Nutzung auch zur Erfüllung der genannten umweltinformationsrechtlichen Verpflichtungen nur maximal bis zu der jeweiligen Zeitdauer gemäß § 5 als Rechtsgrundlage zur Verfügung. Nach Ablauf dieser Zeitdauer müssen die umweltinformationsrechtlichen Verpflichtungen auf andere Rechtsgrundlagen gestützt werden.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

§ 2 enthält die für den Vollzug der Verordnung erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Absatz 1 definiert den Begriff „Daten“. Danach sind Daten alle UVP-relevanten Daten, die nach dem UVPG in das zentrale Internetportal eingestellt werden müssen. Vor diesem Hintergrund enthält Absatz 1 eine Aufzählung der entsprechenden Regelungen des UVPG, die eine Veröffentlichung im Rahmen des zentralen Internetportals vorschreiben

(§ 19 Absatz 1 und 2, § 27, § 59 Absatz 1 bis 3 sowie 5 UVPG). Keine „Daten“ in diesem Sinne sind damit sonstige Antragsunterlagen, weitere Informationen nach § 19 Absatz 3 UVPG und die Bekanntgabe der Feststellung einer UVP-Pflicht nach § 5 Absatz 2 UVPG; für diese trifft die Verordnung keine Regelungen. Die Verordnung schließt andererseits aber auch nicht aus, dass Informationen, die nicht Gegenstand der Verordnung sind, im jeweiligen UVP-Portal eingestellt werden, wenn das Fachrecht eine Veröffentlichung im Internet zulässt. So kann etwa auch die Bekanntgabe der Feststellung der UVP-Pflicht nach § 5 Absatz 2 UVPG über das UVP-Portal erfolgen (vgl. BR-Drs. 164/17, S. 86).

Absatz 2 definiert den Begriff der „portalbetreibenden Behörde“. Portalbetreibende Behörde wird als Oberbegriff vorgesehen und umfasst die auf Bundes- oder Länderebene für den Aufbau und Betrieb des zentralen Internetportals zuständige Behörde. Portalbetreibende Behörde des Bundes ist das Umweltbundesamt (vgl. § 20 Absatz 1 Satz 3 UVPG). Die Zuständigkeit für die Länderportale legen die Länder fest. Aufgabe der portalbetreibenden Behörden ist es vor allem, sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden gemäß § 20 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit § 27 und § 59 UVPG, ihre Pflicht zur Zugänglichmachung der Daten erfüllen können. Hierfür wird unter anderem neben einer Einstellung von Unterlagen unmittelbar in das Portal auch die Möglichkeit vorgehalten, dass die Zugänglichmachung über eine Verlinkung auf die Internetseite einer anderen Behörde erfolgen kann (vgl. Begründung zu § 4).

Zu § 3 (Funktionen der zentralen Internetportale)

Um entsprechend der Vorgaben der Richtlinie 2014/52/EU einen einfachen und wirksamen Zugang zu ermöglichen, bedarf es einer möglichst anwenderfreundlichen Ausgestaltung des Portals, etwa im Hinblick auf die Benutzeroberfläche. § 3 Absatz 1 regelt daher die Mindestfunktionen, die ein zentrales Internetportal erfüllen muss.

Nummer 1 gewährleistet den einfachen und wirksamen Zugang für die Öffentlichkeit, indem ausgeschlossen wird, dass die Inhalte nur nach Anmeldung oder nur kostenpflichtig zur Verfügung gestellt werden.

Nach Nummer 2 müssen die zentralen Internetportale auch eine interaktive Kartenansicht enthalten. Der Grund liegt darin, dass bloße textliche Standortangaben in der öffentlichen Bekanntmachung alleine (z.B. dann, wenn Vorhaben im Außenbereich durchgeführt werden) nicht ausreichen, um das Vorhaben schnell und sicher zu lokalisieren. Mit einer interaktiven Kartenansicht gibt es eine bessere visuelle Veranschaulichung, die zugleich auf Grund ihrer Anwenderfreundlichkeit einen einfachen und wirksamen Zugang garantiert. Nicht erforderlich ist hierfür, dass das Vorhaben in dieser Kartenansicht detailgenau und maßstabsgetreu dargestellt wird. Für das zentrale Internetportal des Bundes ist bei der Erzeugung der Kartenansicht § 5 des Geodatenzugangsgesetzes zu beachten.

Nach Nummer 3 müssen die zentralen Internetportale mindestens über eine Listenansicht aller Vorhaben verfügen. In der Liste müssen darüber hinaus die in den Buchstaben a) und b) im Einzelnen beschriebenen Anforderungen enthalten sein. Bei der Festlegung der allgemein verständlichen Bezeichnung der Kategorie des Vorhabens sind die Hauptgruppen und Nummern der Anlage 1 des UVPG und den landesrechtlichen Vorschriften, § 133 Absatz 2a des Bundesberggesetzes sowie § 1 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben abzubilden (z.B. Kategorie nach Nummer 1 Anlage 1 UVPG: „Wärmeerzeugung, Bergbau und Energie“), um der Öffentlichkeit ein einfaches und wirksames kursorisches Durchsuchen zu ermöglichen.

Nummer 4 fordert als weitere Mindestinformation eine Vorhabendetailseite, auf der die im Einzelnen in den Buchstaben a) bis c) näher aufgeführten Informationen zu einem Vorhaben gesammelt angezeigt werden können. Zu diesen Informationen gehören auch die Kontaktdaten der zuständigen Behörde im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG (etwa einer zentralen Emailadresse oder Telefonnummer) für Anfragen. Ziel der Regelung ist

es, zeitnahe Lösungen insbesondere für die Fälle sicherzustellen, in denen der Betrieb der Zentralportale nicht reibungslos verläuft, etwa, weil bestimmte Funktionen nicht funktionieren oder einzustellende Daten nicht auffindbar sind. Insoweit dient auch diese Regelung der Gewährleistung eines wirksamen Zugangs zu Informationen entsprechend der Zielsetzung nach Erwägungsgrund 18 der UVP-Änderungsrichtlinie 2014/52/EU. Da solche Anfragen allerdings sowohl den Betrieb des Portals als auch das im Portal erscheinende Vorhaben selbst betreffen können, müssen sowohl die Kontaktdaten der portalbetreibenden Behörde als auch der für die UVP zuständigen Behörde zugänglich sein. Die Kontaktdaten der portalbetreibenden Behörde sind im Rahmen des Impressums bereits auf Grund anderer rechtlicher Vorgaben aufzunehmen (vgl. § 5 Telemediengesetz). Daher verpflichtet Nummer 4 c) zusätzlich nur, die Kontaktdaten der für die UVP zuständigen Behörde aufzunehmen. Diese Übersichtsseite gewährleistet, dass Bürgerinnen und Bürger auf einer Seite alle einschlägigen Informationen zu einem ausgewählten Vorhaben erfassen können. Somit wird ein einfacher und wirksamer Zugang im Sinne des Artikel 6 Absatz 5 Satz 2 der geänderten UVP-Richtlinie ermöglicht. Die zuständige Behörde hat nach § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG die entsprechenden Informationen im zentralen Internetportal bereitzustellen. Die kurze Beschreibung des Vorhabens beschränkt sich auf wenige Sätze und wird von der zuständigen Behörde im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG auf Grundlage des UVP-Berichts (vgl. § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Nummer 7 UVPG) erstellt.

Die Nummern 5 und 6 definieren als Mindestanforderung die Bereitstellung einer Such- und einer Filterfunktion auf den jeweiligen Portalen. Es ist damit zu rechnen, dass auf den Portalen viele Vorhaben verzeichnet sein werden, da für zahlreiche verschiedenartigste Vorhaben eine UVP durchgeführt wird. Für einen einfachen und wirksamen Zugang wäre eine bloße Auflistung deshalb nicht sachgerecht. Zur effektiven Umsetzung von Artikel 6 Absatz 5 Satz 2 der geänderten UVP-Richtlinie soll deshalb die Einrichtung einer Such- und Filterfunktion vorgeschrieben werden, die eine Suche anhand der aufgeführten Mindestkriterien ermöglichen soll.

In Absatz 2 wird klargestellt, dass weitere Funktionen durch diese Regelung nicht ausgeschlossen werden. Dadurch sollen die portalbetreibenden Behörden insbesondere laufend dem technischen Fortschritt Rechnung tragen können. Darüber hinaus sind auch weitere Funktionen denkbar, um die Anwenderfreundlichkeit zu verbessern, z.B. weitere Kriterien im Rahmen der Such- und Filterfunktion. Am Umfang der Pflichten der Vorhabenträger zur elektronischen Vorlage bestimmter Unterlagen und der Zulassungsbehörde zur Einstellung dieser Unterlagen in das zentrale Internetportal ändert sich dadurch nichts, so dass keine Rechtsunsicherheiten entstehen können. Es steht auch nicht zu befürchten, dass ein „Flickenteppich“ unterschiedlich ausgestalteter UVP-Portale entsteht. Die Länder haben sich zu einem Portalverbund zusammengeschlossen, so dass es im Grunde nur zwei zentrale Internetportale gibt.

Zu § 4 (Art und Weise der Zugänglichmachung)

§ 4 regelt, wie und auf welche Weise die Daten nach § 2 Absatz 1 in den zentralen Internetportalen zugänglich gemacht werden müssen. Dagegen lässt § 4 offen, auf welchem technischen Weg und durch wen die bereitgestellten Daten in das UVP-Portal gelangen. Die Pflicht der zuständigen Behörde nach § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG wird dadurch nicht in Frage gestellt. Es wird lediglich technisch ermöglicht, dass nicht nur die zuständige Behörde (also die zuständige Genehmigungsbehörde oder eine andere mit diesen Aufgaben betraute Behörde) selbst die Daten eingeben kann, sondern dies auch durch die portalbetreibende Behörde geschehen kann. Bei der technischen und organisatorischen Ausgestaltung muss der Zielsetzung der Richtlinie 2014/52/EU, einen einfachen und wirksamen Zugang zu den einschlägigen Informationen zu gewährleisten, Rechnung getragen werden. § 4 lässt es daher auch zu, dass die Daten nicht direkt im zentralen Internetportal hinterlegt bzw. gespeichert sind, sondern durch eine direkte Verlinkung auf einer anderen Internetseite zugänglich gemacht werden. Der Zielsetzung der Richtlinie 2014/52/EU wür-

de es widersprechen, wenn eine Verlinkung nicht direkt auf das konkrete, im zentralen Internetportal aufgeführte Vorhaben erfolgt, sondern lediglich auf eine weitere Übersichtsseite mit der Folge, dass Betroffene das konkrete Vorhaben wieder aus einer Liste herausuchen müssen. Eine solche Vorgehensweise gewährleistet keinen einfachen und wirksamen Zugang zu den einschlägigen Informationen. Beim UVP-Portal des Bundes wird das technische und organisatorische Vorgehen bei der Eingabe der Daten in Absprache mit den betroffenen Bundesbehörden festgelegt. Soweit Geodaten zugänglich gemacht werden, sind im zentralen Internetportal des Bundes die Anforderungen des Geodatenzugangsgesetzes zu beachten.

§ 20 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 UVPG bestimmt, dass die Daten über das zentrale Informationsportal zugänglich zu machen sind. Zugänglich machen bedeutet, dass die Daten in einfacher Weise im Internet zur Kenntnis genommen werden können (vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 19. Auflage 2018, § 27a Rn. 8). Nur dadurch wird eine ausreichende Umsetzung von Artikel 6 Absatz 5 in Verbindung mit Erwägungsgrund 18 der Richtlinie 2014/52/EU sichergestellt. Ein einfacher und wirksamer Zugang zu den einschlägigen Informationen, wie er nach den Vorgaben der geänderten UVP-Richtlinie notwendig ist, wird nur sichergestellt, wenn die Informationen aktiv für jedermann auf den zentralen Internetportalen bereitgestellt werden, ohne dass zunächst eine Anmeldung oder anderweitige Registrierung des Nutzers erfolgen muss. Dies entspricht der Rechtslage bei der herkömmlichen Auslegung in Papierform, für die ebenfalls keine gesonderte Anmeldung erforderlich ist, um die gewünschten Informationen am Auslegungsort einsehen zu können.

Absatz 1 regelt die Art und Weise der Zugriffsmöglichkeiten der Öffentlichkeit auf die Daten. Danach hat die im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG zuständige Behörde sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit die im zentralen Internetportal bereitgestellten Daten speichern und ausdrucken kann. Die Regelung stellt eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit sicher. Eine bloße Möglichkeit zur Einsichtnahme, etwa durch eine reine Lesefunktion am Bildschirm, ist nicht ausreichend, um der Öffentlichkeit eine wirksame Beteiligung zu sichern. Die Möglichkeit, die Daten zu speichern und zu drucken, steht im Gleichklang zu den Möglichkeiten im Rahmen der herkömmlichen Auslegung vor Ort. Bei der Auslegung vor Ort ist es auch zulässig, dass sich die Öffentlichkeit Kopien der ausgelegten Unterlagen anfertigen kann (vgl. nur Kopp/Ramsauer, VwVfG, 19. Auflage 2018, § 73 Rn. 53; Jarass, BImSchG, 12. Auflage 2017, § 10 Rn. 81). Die Möglichkeit einer digitalen Speicherung der Daten und ihres Ausdrucks ist der Anfertigung von Kopien vergleichbar. Eine reine Lesefunktion am Bildschirm würde hinter den Möglichkeiten der herkömmlichen Auslegung zurückbleiben und somit der Zielsetzung der Richtlinie 2014/52/EU, einen einfachen und wirksamen Zugang zu ermöglichen, zuwiderlaufen. Geheimhaltung, Datenschutz sowie der Schutz des Urheberrechts werden durch § 23 UVPG gewährleistet. Das Verhältnis zur herkömmlichen Auslegung der Unterlagen bestimmt sich nach § 20 Absatz 2 Satz 2 UVPG; maßgeblich ist demnach der Inhalt der ausgelegten Unterlagen.

Absatz 2 regelt die korrespondierenden Pflichten der portalbetreibenden Behörde. Diese Behörde hat sicherzustellen, dass die im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG zuständige Behörde ihrer Verpflichtung über die Art und Weise der Zugänglichmachung nach Absatz 1 erfüllen kann. Dazu ist das zentrale Internetportal entsprechend aufzubauen und zu betreiben.

Zu § 5 (Dauer der Zugänglichkeit)

§ 5 regelt, für welchen Zeitraum die Daten auf der Grundlage des § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG von der danach zuständigen Behörde zugänglich gemacht werden müssen. Dabei ist der Beginn der Ermöglichung des Zugriffs für die Öffentlichkeit im zentralen Internetportal jeweils nicht ausdrücklich geregelt. Vielmehr ergibt sich der Starttermin aus dem Zeitpunkt des jeweiligen Verfahrensschritts der UVP, den die Zugänglichmachung unter-

stützt: So soll z.B. die Zugänglichmachung des Inhalts der Bekanntmachung im Internetportal möglichst zeitgleich mit einer analog stattfindenden Bekanntmachung erfolgen und sollen die Unterlagen nach § 19 Absatz 2 UVPG möglichst zeitgleich mit dem Start der öffentlichen Auslegung, die in körperlicher Form in realen Räumen stattfindet, zugänglich gemacht werden.

Das Ende der Zugänglichmachung nach § 20 Absatz 2 Satz 1 UVPG über das zentrale Internetportal wird jeweils analog zu den für die Auslegung der Unterlagen beziehungsweise für Rechtsbehelfe geltenden Fristen geregelt. Anschließend ist die Zugänglichmachung der Daten, also der in § 2 genannten Unterlagen, über das UVP-Portal zu beenden. Die Zugänglichmachung dieser Unterlagen nach anderen Rechtsvorschriften bleibt davon unberührt (vgl. die Begründung zu § 1 Absatz 2).

Zu § 6 (Speicherung der Daten)

§ 6 enthält Anforderungen an die Speicherung der Daten.

Zur Konkretisierung von § 20 Absatz 3 UVPG kann die portalbetreibende Behörde die erforderlichen Daten zum Zwecke der Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission nach § 73 UVPG speichern.

In Nummer 1 wird der portalbetreibenden Behörde eine Rechtsgrundlage für die Speicherung insbesondere für die Fälle gegeben, in denen die Zulassungsbehörde die Möglichkeit nutzt, die Daten nicht auf das Portal selbst hochzuladen, sondern dort lediglich zu verlinken. Nummer 2 stellt sicher, dass die portalbetreibende Behörde die Daten speichern kann, auch nachdem sie für die Öffentlichkeit gemäß § 5 nicht mehr über das Portal zugänglich sind.

Da die Speicherung zum Zwecke der Berichterstattung erfolgt, muss sie so lange erfolgen, wie sie zum Zwecke der Berichterstattung erforderlich ist. Sie muss also für die Dauer des jeweiligen Berichterstattungsverfahrens erfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Berichterstattungsverfahren nicht mit der Abgabe des Berichts abgeschlossen ist, sondern dass z.B. Nachfragen zum Bericht durch die Europäische Kommission zu erwarten sind. Daher wird die Speicherung für maximal zwei Jahre nach dem Zeitpunkt erlaubt, zu dem die Daten zwecks Berichterstattung an das für Umweltschutz zuständige Bundesministerium übermittelt werden müssen.

Zu Artikel 2 (Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren)

Mit der Einfügung des neuen Halbsatzes in § 8 Absatz 1 Satz 3 der 9. BImSchV wird sichergestellt, dass die Regelungen der Verordnung nach Artikel 1 entsprechend auch zur Anwendung kommen, soweit die UVP im Rahmen immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren durchzuführen ist. Die entsprechende Anwendung wirkt sich insbesondere im Hinblick auf § 2 der Verordnung nach Artikel 1 aus. Soweit dort auf Regelungen des UVPG verwiesen wird, sind die entsprechenden immissionsschutzrechtlichen Regelungen heranzuziehen (z.B. Inhalt der Bekanntmachung: § 10 Absatz 4 BImSchG in Verbindung mit § 9 Absatz 1 und 1a der 9. BImSchV). Durch die Verweise in § 10 Absatz 1 Satz 8 sowie § 21a Absatz 2 Satz 4 der 9. BImSchV auf § 8 Absatz 1 Satz 3 der 9. BImSchV, die künftig auch den neu einzufügenden Halbsatz umfassen, wird sichergestellt, dass die Regelungen der Verordnung nach Artikel 1 entsprechend auch zur Anwendung kommen, soweit die in § 10 Absatz 1 Satz 7 der 9. BImSchV genannten Unterlagen bzw. die öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung über den Antrag nach § 21a Absatz 2 der 9. BImSchV in das jeweilige zentrale Internetportal einzustellen sind.

Zu Artikel 3 (Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung)

Mit dem Anfügen des neuen Satzes 2 in § 6 Absatz 5 AtVfV wird sichergestellt, dass die Regelungen der Verordnung nach Artikel 1 entsprechend auch zur Anwendung kommen,

soweit die UVP im Rahmen atomrechtlicher Verfahren durchzuführen ist. Die entsprechende Anwendung wirkt sich insbesondere im Hinblick auf § 2 der Verordnung nach Artikel 1 aus. Soweit dort auf Regelungen des UVPG verwiesen wird, sind die entsprechenden atomrechtlichen Regelungen heranzuziehen

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Abweichendes gilt für die in § 3 der Verordnung nach Artikel 1 vorgesehenen Mindestfunktionen für den Betrieb der zentralen Internetportale. Um die dort vorgesehenen Anforderungen, die teilweise über die bereits bestehenden Funktionen der existierenden zentralen Portale hinausgehen, umsetzen zu können, bedarf es einer angemessenen Vorlaufzeit. Satz 2 legt daher die Vorlaufzeit auf zwölf volle Kalendermonate zuzüglich gegebenenfalls des Restes des Verkündungsmonats fest.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG

Entwurf einer Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur Änderung der Atomrechtlichen Verfahrensordnung (NKR–Nr. 4663, BMU)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	Keine Auswirkungen
Wirtschaft	Keine Auswirkungen
Verwaltung Bund Einmaliger Erfüllungsaufwand (gerundet): Nachquantifizierung aus 2017 (NKR–Nr. 3855): Länder Jährlicher Erfüllungsaufwand (gerundet):	30.000 Euro 244.000 Euro
Umsetzung von EU–Recht	Mit dem Regelungsvorhaben werden Vorgaben der geänderten Richtlinie über die Umweltverträglichkeit bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (2014/52/EU) umgesetzt. Dem NKR liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass mit dem Vorhaben über eine 1:1–Umsetzung hinausgegangen wird.

Mit dem Regelungsvorhaben wird die Folgekostenschätzung, die bereits im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage im UVP-Gesetz vorgenommen wurde (NKR-Nr. 3855; BT-Drs. 18/11499), leicht ergänzt. Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.

II. Im Einzelnen

Mit der Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Portale-Verordnung) soll eine Ermächtigungsgrundlage des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG) umgesetzt werden. Danach sind Bund und Länder verpflichtet, zentrale Internetportale einzurichten, auf denen die Bekanntmachung und bestimmte Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind. Die Ermächtigungsgrundlage im UVPG diene dabei der Umsetzung von Art. 6 Absatz 5 Satz 2 der geänderten UVP-Richtlinie (2014/52/EU). Insoweit enthält die UVP-Portale-Verordnung auch eine entsprechende Bezugnahme, die auf die EU-Umsetzung hinweist.

II.1 Erfüllungsaufwand

Der Erfüllungsaufwand wurde bereits im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage, der Änderung des UVP-Gesetzes im Jahr 2017 nachvollziehbar geschätzt (NKR-Nr. 3855; BT-Drs. 18/11499): Dieser betrug für die Verwaltungen der Länder jährlich etwa 3,8 Mio. Euro. Zudem wurde eine einmalige Investition für die zentralen Plattformen der Länder von insgesamt rund 1,5 Mio. Euro geschätzt. Für die zentrale Plattform des Bundes wurden ein laufender Aufwand von rund 135.000 Euro und ein einmaliger Aufwand für die Errichtung der Plattform von rund 80.000 Euro prognostiziert.

Diese Schätzung hat weiterhin Bestand. Im Rahmen der Anhörung zum Verordnungsentwurf wurden die Länder explizit darum gebeten, die damalige Schätzung mit dem zwischenzeitlichen Erkenntnisgewinn noch einmal zu bewerten. Die Anhörung der Länder hat gezeigt, dass die ursprüngliche Schätzung nach den Erfahrungen mit der Einrichtung und dem Betrieb des zentralen Internetportals korrigiert werden sollte. Aufgrund dieser Rückmeldungen wird ein weiterer jährlicher Aufwand von rund 244.000 Euro angenommen.

Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sind vom Regelungsvorhaben nicht betroffen.

Verwaltung

Für den Bund fällt ein zusätzlicher einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 30.000 Euro für das zentrale Portal an. Künftig wird dort eine interaktive Kartenansicht angeboten und die Suchfunktion auf die Vorhabenbezeichnung erweitert.

III. Ergebnis

Mit dem Regelungsvorhaben wird die Folgekostenschätzung, die bereits im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage im UVP-Gesetz vorgenommen wurde (NKR-Nr. 3855; BT-Drs. 18/11499), leicht ergänzt. Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Prof. Dr. Versteyl
Berichterstatterin